

II-10349 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5178/J

1990 -03- 14

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Graff
und Kollegen
an den Herrn Bundesminister für Justiz

betreffend die NORICUM-Verfahren in Linz.

Pressemeldungen zufolge hat der Linzer Untersuchungsrichter Dr. SCHOPPER erklärt, daß mit einem Abschluß der Voruntersuchung gegen Politiker SINOWATZ, GRATZ und BLECHA und der Vorerhebungen gegen Finanzminister LACINA noch im März zu rechnen sei.

Daraufhin soll ein Sprecher der Oberstaatsanwaltschaft Linz laut Austria Presseagentur erklärt haben, daß für die Politiker nach der Beendigung des Vorverfahrens bis zu einer Entscheidung über Einstellung oder Anklage noch Monate vergehen würden, und dies unter anderem mit dem Berichtsweg an die Oberstaatsanwaltschaft und das Bundesministerium für Justiz begründet. Daran knüpften einzelne Medien die Vermutung, daß die Oberstaatsanwaltschaft Linz ihr Verhalten nach Wahlterminen bestimmen könnte.

Andererseits wurde soeben verlautbart, daß die Staatsanwaltschaft Linz im Prozeß gegen die 18 Manager des VÖEST-Konzerns die Anklage gegen vier der 18 angeklagten Manager um zwei weitere Umgehungsgeschäfte mit angeblichen Destinationen Bulgarien und Ägypten ausgedehnt habe.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

- 2 -

A n f r a g e

1. Ist es richtig, daß die Vorverfahren gegen die Politiker SINOWATZ, GRATZ, BLECHA, LACINA und andere in Linz noch im März beendet sein werden?
2. Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, daß die Entscheidung über Einstellung oder Anklage bei den Politikern in angemessener Frist nach Beendigung der Vorverfahren und ohne vermeidbare Verzögerung im Justizbereich getroffen wird?
3. Wie war der genaue Wortlaut der Erklärung des Sprechers der Oberstaatsanwaltschaft Linz zu dieser Terminfrage?
4. Billigen Sie diese Erklärung?
5. Wann rechnen Sie mit einer Entscheidung über die Endantragstellung (Einstellung oder Anklage) in den Politikerverfahren?
6. Teilen Sie die Meinung, daß sachfremde Überlegungen wie Wahltermine bei solchen Entscheidungen keine Rollen spielen dürfen?
7. Sind Sie bereit, darauf hinzuwirken, daß die Anklagebehörden in Linz ihre Aufmerksamkeit und ihre Arbeitskraft in erster Linie den Verfahren gegen die möglicherweise hauptverantwortlichen Politiker und nicht so sehr der Verfolgung des 14. Managers wegen des 12. Waffengeschäftes widmen?